Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur

Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte

Band: 1 (1921-1922)

Heft: 4

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

zubeugen, sei auch das Selbstverständliche gesagt: Es kann sich in unsern schweizerischen Verhältnissen niemals um eine Verdrängung oder auch nur Befehdung der Antiqua handeln. Die brauchen wir ebenfalls. Aber wir wollen behalten und behaupten, was unsere Eltern und Voreltern uns überliefert, wir wollen die traute, alte Deutschschrift nicht aus Büchern und Briefen verbannt wissen. Sollte die Wonne oder Wut des Abschaffens sich auch hierin durchsetzen — gewiß würde eine spätere Zeit die Beseitigung der Fraktur als einen Verlust beklagen, genau wie wir heute die Niederlegung der alten, schönen Baudenkmäler unserer Städte und Städtchen als eine kulturelle Missetat und nicht als einen „Fortschritt" ansehen. Soll sich wirklich nun auch bei der Schriftfrage die Torheit der Ratzenburger wiederholen?

Politische Rundschau.

Schweizerische Umschau.

In wenigen Tagen begeht man in der Schweiz den Nationalfeiertag. Bei der großen Gedenkfeier der Gründung der alten Eidgenossenschaft im Jahre 1891 wurde diese Feier des 1. August eingesetzt. Es schien wünschbar, daß auch die Schweiz ihren Nationalfeiertag besitze, und da die neue Schweiz keinen Bastillesturm und keine Schlacht von Sedan in ihrer damals 43jährigen Geschichte zu verzeichnen hatte, machte man ein Anleihen bei der alten Eidgenossenschaft. Es haftet unserer Bundesfeier heute noch etwas Erkünsteltes an und die Art, wie sie an einzelnen Orten im Schweizerland gefeiert wird, ist auch nicht dazu angetan, ihr die notwendige Weihe zu verleihen. Das Schönste sind die Feuer, die an diesem Tage auf den Bergen brennen. Die wackeren Sennen im Bernerland haben vor Jahren jeweils einige Wochen früher, im Juli, am St. Jakobstag, ihre Holzstöße auf den Bergen angezündet, zum Andenken an die Abstimmung des Bernervolkes vom Jahre 1831 über die liberale Verfassung, die das Patriziat politisch beseitigte und noch früher als Andenken an den Sieg der Berner über die Gründer der Eidgenossenschaft bei Villmergen . . . .

Am 1. August sollen wir der Gründung der alten Eidgenossenschaft gedenken, des ewigen Bundes der vier Landsgemeindedemokratien im Herzen Helvetiens, aus welchem sich im Laufe zweier Jahrhunderte das kraftvolle Gebilde des „großen Bundes in oberdeutschen Landen" entwickelte. Die Form der alten Eidgenossenschaft ist im Jahre 1798 mit französischen Gewehrkolben zerschlagen worden. Seit 1848 leben wir in einer neuen Schweiz. Diese neue Schweiz hat die Stürme noch nicht siegreich bestanden, die jeder Staat bestehen muß, wenn das ihn tragende Staatsvolk zu einem unerschütterlichen Fundament werden soll. Wenn wir die Prüfung bestehen wollen, müssen wir die Form vom Jahre 1848 mit dem Geist der alten Bünde erfüllen, dem Geist der ersten schönen Zeiten.

* * *

In Bern wird gegenwärtig wiederum über die Zonenfrage verhandelt, sehr mühsam, wie man aus dem Bundeshause vernimmt. Wie bekannt, ist man auf schweizerischer Seite bereit, auf das Servitut auf französisches Gebiet zu verzichten. Nach den Regeln des Privatrechtes, die wohl auch hier anwendbar sind, wäre die einzige Kompensation für die Aufgabe des Gebietsrechtes die Errichtung eines neuen Gebietsrechtes, eines neuen dinglichen Rechtes auf französisches Gebiet. Der Bundesrat hat von vornherein auf eine Kompensation verzichtet, die dem durch erzwungenen Verzicht entrissenen dinglichen Recht auf Hochsavoyen entsprechen würde. Man diskutiert heute in Bern über einzelne Posten von Waren, die zollfrei oder zu reduzierten Zöllen über die genferisch-schweizerische Grenze ein- oder ausgeführt werden sollen. Nach den uns heute vorliegenden Pressemeldungen ist man in dieser Beziehung in Bern noch weit von einer Lösung entfernt. Auch sollen noch große Differenzen bezüglich der allgemeinen Bestimmungen des Entwurfes bestehen, so daß wir zur Stunde noch nicht wissen, ob es zu einer Einigung kommt. Kommt es nicht dazu, dann wird es sich zeigen müssen, ob wirklich Frankreich die Heiligkeit der Verträge noch anerkennt oder nicht. Kommt es aber entgegen unserer Befürchtung doch zu einer Einigung, dann ist es Pflicht aller aufrechten Demokraten im Parlament und im Volke, jeden Versuch, den mit Frankreich über die Abschaffung der Zonen zustande gekommenen Staatsvertrag dem Referendum zu entziehen, zu verhindern.

* * *

Die vom Großen Rate des Kantons Tessin eingesetzte großrätliche Untersuchungskommission hat ihren Bericht über die D'Annunzio-Carmine-Affäre erstattet. Der Rat erteilte den Professoren, die an der Unterzeichnung der bekannten Adresse an d'Annunzio teilgenommen haben, einen sanften, väterlichen Tadel. Frl. Bontempi, die Herausgeberin des irredentistischen Blattes „Adula" und zugleich Inspektorin der Kleinkinderschulen im Tessin, soll dem Vernehmen nach durch Aufhebung der Inspektoratsstelle, die aus finanziellen Gründen erfolgen soll, indirekt gemaßregelt werden. Man kann nicht behaupten, daß die Tessinerbehörden die Freunde d'Annunzios und Carmines rücksichtslos behandeln .... Man hat s. Zt. im Beitritt der Schweiz zum Versailler Völkerbund vielerorts die Gefahr erblickt, daß dadurch die stets vorhandenen zentrifugalen Kräfte in unserem national uneinheitlichen Volke an Intensität gewinnen. Im Tessin traten diese zentrifugalen Kräfte zuerst in Erscheinung. Das Wissen von der Bestimmung der Eidgenossenschaft fehlt aber nicht nur bei einzelnen Intellektuellen im Tessin. In unserem ganzen Volke wirkt die gemeinsam durchlebte Geschichte nicht mehr nachhaltig genug nach, wodurch die Erfüllung der Gegenwartsaufgaben der Eidgenossenschaft erschwert wird: Der Ausbau unserer schweizerischen Demokratie und die bewußtschweizerische Außenpolitik unseres Staates, der mit seiner Freiheit auch die Freiheit aller unterdrückten europäischen Völker verteidigt. Unser Staat ist zwischen Alpen und Jura eingebettet, er erfüllt also geographisch die Vorbedingungen für eine nationale Politik nach außen und nach innen; aber hinzu muß noch kommen die dem Staatszweck und dem Ziele der schweizerischen Politik entsprechende wirtschaftliche und soziale Struktur des Volkes und eine Erneuerung des Schweizertums!

* * *

Die Bewegung gegen den neuen provisorischen Zolltarif, der seit 1. Juli in Kraft ist, hat weiter zugenommen. Es war nicht anders zu erwarten, als daß

die Bevölkerung derjenigen Teile unseres Landes, die vorzüglich von der gegenwärtig fast hoffnungslos darniederliegenden exportierenden Luxusindustrie abhängig sind, gegen die Schutzzollpolitik des Bundesrates Stellung nehmen würde. Denn diese will ja die eigentliche nationale Produktion, d. h. die Produktion lebensnotwendiger Güter für den Inlandsmarkt schützen. Wir wollen hier nicht untersuchen, ob tatsächlich die Not der Luxusindustrien dadurch behoben wird, daß man einen Schutzzoll überhaupt verwirft. Heute interessiert uns vor allem die Tatsache, daß die Volksbewegung gegen die neuen Zölle Angehörige aller Parteien umfaßt, sich um Parteischranken wenig oder gar nicht kümmert. Die Initiative gegen die neue Zollpolitik des Bundes wird von Kreisen der freisinnig-demokratischen Partei unterstützt. Ferner neigen, wie das st. gallische Beispiel beweist, auch Gruppen der katholisch-konservativen Fraktion dazu, die Zollinitiative zu unterstüzen. Diese Initiative wird innerhalb der großen bürgerlichen Parteien weitern Sprengstoff ansammeln. Es wird interessant sein, zu vernehmen, was die freisinnigen und katholischen Bauern zu der neuesten oppositionellen Politik ihrer städtischen Parteigenossen sagen werden. In kürzester Frist wird zweifellos die Abwehr derjenigen Kreise erfolgen, die für die Wirtschaftspolitik des Bundesrates eintreten und die daran vorzüglich interessiert sind.

Die Gewerbeleute haben sich kürzlich in einer Tagung in Bern noch einmal mit aller Entschiedenheit für eine Fortsetzung des Regimes der Einfuhrbeschränkungen ausgesprochen und die Landwirtschaft wird erbittert dafür kämpfen, daß wenigstens in den Grundzügen die Schutzzollpolitik des Bundesrates bestehen bleibt. Allerdings: der Gewerbestand tritt wohl in seiner überwiegenden Mehrheit für Einfuhrbeschränkungen ein, also für einen Teil der neuen Wirtschaftspolitik; für die Zollerhöhungen im provisorischen Zolltarif, der am 1. Juli in Kraft getreten ist, setzt er sich, so weit wenigstens Positionen in Frage stehen, die einen Schutz der Landwirtschaft bedeuten, nicht so sehr ein, denn er ist als Konsument landwirtschaftlicher Produkte am Abbau der Lebensmittelpreise auch interessiert.

An dem Zustandekommen der nötigen Unterschriftenzahl für die Zollinitiative ist nicht zu zweifeln. Aber die Unterzeichner sollten sich alle klar darüber sein, daß sie sich nicht gegen den kürzlich in Kraft getretenen Zolltarif richten kann, denn dieser wird zur Zeit der Volksabstimmung über die Initiative wohl schon längst außer Kraft sein. Die Initiative richtet sich gegen eine zukünftige Schutzzollpolitik überhaupt. Grundsätze über eine zukünftige Zollpolitik gehören aber nicht in eine Verfassung. Es wäre vom politischen Standpunkte aus denn doch sehr mißlich, heute, zu einer Zeit politischer und wirtschaftlicher Unsicherheit, den Bundesrat durch genau formulierte Verfassungsvorschriften zwingen zu wollen, Grundsätze für eine zukünftige Zollpolitik anzuerkennen, an die er sich auf alle Fälle halten soll. Schon lit. 6 des Art. 29 der Bundesverfassung scheint uns unglücklich zu sein, derartiges gehört nicht in die Verfassung. Heute kennt man die Realitäten gar nicht, denen der schweizerische Staat und die schweizerische Volkswirtschaft in künftigen Jahren gegenüberstehen werden. Nach unserer Ansicht läßt sich, heute wenigstens, die freihändlerische Politik nicht mehr mit dem Staatsinteresse in Vereinbarung bringen. Und wenn heute gesagt wird, daß es Pflicht der Schweiz sei, in dieser Zeit der nationalen Abschließung, des verschärften Schutzzolles, der Valutamisere, der Arbeitslosigkeit bahnbrechend für die freie Weltwirtschaft und den freien Welthandel einzutreten, so wird dabei vergessen, daß erste Pflicht eines jeden Staates nicht das Eintreten für eine Idee ist, mag diese noch so sympatisch sein, sondern

seine erste Pflicht bleibt die Verfolgung seiner eigenen Interessen. Bahnbrechend kann man auf allen möglichen Gebieten vorangehen, ohne daß dies Schädigungen im Gefolge hätte. Auf dem Gebiete der Zollgesetzgebung aber, die Ziele der äußern und innern Politik zu verfolgen hat, müssen wir das Bahnbrechen den Großen überlassen. Eine Umkehr zum absoluten Freihandel muß, und wird sie noch so laut verlangt, mit aller Entschiedenheit bekämpft werden. Unsere Landwirtschaft darf auf gar keinen Fall ohne ausreichenden Schutz gelassen werden, desgleichen nicht unser Gewerbe und unsere Industrie, so weit sie lebensnotwendige Güter erzeugt. Wir haben bis heute derartige trübe Erfahrungen mit jeder Art von sog. Idealpolitik zu Gunsten ausländischer Mächte gemacht, daß wir nicht versucht sein sollten, sie auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik fortzusetzen.

23. Juli 1921. Hans Zopfi.

Weltpolitische Betrachtung.

Gewitterschwer und unheilvoll hängt der politische Himmel in diesen heißen Sommerwochen über Europa. Es ist als ob sich die Geschichte mit Vorliebe den Sommer für ihre folgenschwersten Entscheidungen auswählte. Im Hochsommer 1870 brach das Ungewitter des deutsch-französischen Krieges los. In den heißen Wochen des Sommers 1911 ballten sich schon einmal dräuend Gewitterwolken zusammen, die schließlich am 1. August 1914 im Ausbruch des Weltkrieges zur Entladung kamen. Und wieder ist heute, sieben Jahre nach jenen entscheidungsschweren Tagen und etwas mehr als zwei Jahre nach Abschluß des Friedens die politische Luft so drückend und schwül und mit Unheil geladen, wie je in früheren Tagen. Allerdings — und das ist eine der Folgen des Ausgangs des Weltkrieges — hängt es heute nicht mehr von dem mehr oder weniger freien Willen der Führer der europäischen Völker ab, wozu sie ihre Völker führen oder nicht führen wollen. Die Völker des europäischen Festlandes sind heute zum weitaus größten Teil nurmehr Objekt, nicht mehr selbst Subjekt der Weltpolitik. Nicht auf dem europäischen Festland wird heute letzten Endes unser europäisch festländisches Schicksal entschieden, sondern dort, wohin sich der Schwerpunkt des Weltgeschehens seit 1918 verschoben hat, in London oder Washington. Davon, was dort in den nächsten Monaten — den entscheidungsschwersten seit etwa 1900, als Frankreich durch England von seiner kolonialen Einstellung zur kontinentalen zurückgelenkt, sich England annäherte und damit den Grundstein zu der gegen Deutschlands Emporstreben gerichteten Entente legte, aus der der Weltkrieg von 1914/18 entsprang — entschieden wird, hängt auch das künftige europäische Schicksal ab.

Am 20. Juni wurde in London die Reichskonferenz des britischen Imperiums eröffnet. Es handelt sich heute für dieses weltumspannende Reich um Fragen des Seins oder Nichtseins. Wohl ist es als Sieger und mit großer Siegerbeute aus einem Ringen hervorgegangen, in dem ihm das Wasser mehrmals bis an die Kehle ging. Aber seine Weltstellung ist nicht mehr diejenige, wie vor 1914. Seinen unmittelbar gefährlichsten und verhaßtesten Nebenbuhler, Deutschland und dessen Weltstellung hat es zwar vernichtet, aber vielleicht gerade dadurch — gibt sich darin eine tiefe innerste Gerechtigkeit der Weltgeschichte kund? — eine Konstellation geschaffen, die ihm selbst zum Verderben zu gereichen droht.

Zu Japan steht England in keiner Gegensätzlichkeit. Beider Interessengebiete berühren sich, aber überschneiden sich nicht. England läßt Japan in China und Sibirien freie Hand. Japan mischt sich nicht in Englands ostasiatischen Herrschaftsbereich. Das Miteinandergehen der beiden Länder gewährleistet Ostasien den Frieden. Der Störenfried kommt von anderer Seite: von Amerika.

Die Vereinigten Staaten mit ihrer bald 120 Millionen zählenden Bevölkerung streben nach Absatzmärkten für ihre gerade durch den Krieg zu gewaltigem Umfang angewachsene Industrie, nach Anlagemöglichkeiten für ihre ungeheuren Kapitalien und nach Rohstoffbesitz, der ihnen völlige Unabhängigkeit von fremden Bezugsquellen gewährleistet. Kühn, tatkräftig, unternehmungslustig, aus dem Krieg äußerlich und innerlich gefestigt hervorgehend, treten sie in den Wettbewerb um Weltgeltung und Weltherrschaft ein. Die Richtung ihrer Ausdehnung geht nicht rückflutend nach dem alten Mutterland Europa. Dort ist längst alles verteilt und kein Fleck Erde mehr, dessen Aufnahmefähigkeit nicht schon übersättigt wäre — die Vereinigten Staaten haben auch während des Krieges immer betont, daß sie nicht nach Europa in den Krieg zögen, um dort Eroberungen zu machen —. Ihr Ausdehnungsdrang greift über den Stillen Ozean hinüber nach alten Kulturländern Ostasiens: China, oder nach den noch der Ausbeutung harrenden Gebieten Sibiriens. Damit durchkreuzen sie nun zwar nicht den Interessen- und Herrschaftsbereich des englischen Imperiums — auch zu Amerika steht England in keinem Interessengegensatz — wohl aber einer andern Macht, die, wie Amerika, zu den stillen Gewinnern des Weltkrieges gehörend, von Tatkraft und Unternehmungslust geschwellt, nach einem Weltreich trachtet: Japan!

Japan sollte durch den Friedensvertrag die bevölkerungs- und rohstoffreichste Provinz Chinas, Schantung erhalten. Außerdem ist ihm das strategische Erbe Deutschlands im Stillen Ozean: mehrere für seine Seestellung äußerst wichtige Inselgruppen, zugefallen. In Sibirien steht es im Begriff, sich dauernd festzusetzen, wogegen ihm von dem gänzlich wehrlosen Rußland noch auf lange Zeit hinaus kein namhafter Widerstand erwachsen wird. All das steht in direktem Gegensatz zu Amerikas Interessen. Amerika verlangt offene Tür in allen Provinzen Chinas und in Sibirien und empfindet die ehemals deutschen Inseln in japanischem Besitz als eine Bedrohung seiner Zufahrtstraßen. Und zu guter letzt ist dem Amerikaner die Festsetzung der Japaner in seinem eigenen Land, wo sie ihm mit ihrer Genügsamkeit die eigenen Arbeitskräfte unterbieten, tief verhaßt. Darum wird jeder Ausgleich, der sich zwischen Amerika und Japan vielleicht treffen läßt, ein Ausgleich auf Zeit sein. Beides sind junge, zur Weltmacht emporstrebende Nationen, die unglücklicher- aber unvermeidlicherweise — die übrige Welt ist schon verteilt — die nämlichen Länder und Völker zum Ausgangspunkt ihrer Weltstellung nehmen wollen. Japan oder Amerika, das wird wohl die künftige Losung für die Herrschaft im Stillen Ozean und seine westlichen Randgebiete sein.

Zwischen diesen beiden Rivalen auf Leben und Tod steht England, selbst keinem von beiden Rivale und doch vor die Notwendigkeit gestellt, sich für den einen oder den andern zu entscheiden. Bisher war England Japans Verbündeter und im Falle eines Krieges zu seiner bedingungslosen Unterstützung verpflichtet. Dieser Tage war dieses Bündnis abgelaufen und England vor die Wahl gestellt, es zu erneuern oder nicht. Die Entscheidung darüber zu treffen, war die Reichskonferenz aller Vertreter des Britischen Imperiums zusammengerufen worden. Die Stimmen der Dominions und Kronländer selbst waren geteilt. Für die Erneuerung

waren die Stimmen der selbst im Osten gelegenen und auf ein gutes Einvernehmen mit Japan angewiesenen Länder: Australien, Neuseeland, Indien. Dagegen Kanada. Unbestimmt Südafrika. Das Mutterland selbst hat noch nicht entschieden. Um Zeit zu gewinnen, wurde das Bündnis vorläufig automatisch um ein Jahr bis zum Juli 1922 verlängert. Das bedeutet eine Aufschiebung, aber keine Lösung. Diese muß früher oder später getroffen werden. Wie sie ausfällt, davon wird die Weltgeschichte der nächsten 50 oder 100 Jahre, ja vielleicht vieler Jahrhunderte abhängen.

Wie wird England entscheiden? Wie kann es, wie muß es entscheiden? Wenn die Antwort auf diese Frage so eindeutig gegeben werden könnte, dann wäre sie längst gefallen. Die Existenz des britischen Imperiums steht aber auf dem Spiel. Und zwar so oder so, mag die Entscheidung ausfallen wie sie will. Erneuert England das japanische Bündnis nicht, dann gewinnt es dadurch zwar Amerikas Freundschaft, und ein Bündnis zwischen den zwei angelsächsischen Weltmächten wird die Folge sein. Aber es muß diese Freundschaft teuer bezahlen mit seiner eigenen Weltgeltung; es wird im Bunde der Schwächere sein; das stolze England muß im Schlepptau des amerikanischen Emporkömmlings fahren. Denn einmal ist ein amerikanisches Bündnis undenkbar ohne eine Lösung der irischen Frage zu Gunsten der Irländer. Ein selbständiges Irland bedeutet aber eine sehr große Schwächung Englands. Die heute mit Irland eingeleiteten Verhandlungen sind als ein erster Schritt auf dem Wege zu Amerika zu werten. Ihr Ausgang wird zugleich symptomatisch sein für Englands Wahl zwischen Japan oder Amerika. Weiter aber gerät der ganze ostasiatische Besitz Englands in Gefahr, wenn England Japan in seinem Kampfe mit Amerika im Stiche läßt. Die östlichen Dominions und Länder, Australien, Neuseeland und Indien treten nicht vergebens für die Erneuerung des japanischen Bündnisses ein. Sie können ermessen, was ein zurückgestoßenes und jeder Rücksicht auf England entbundenes Japan für Asien zu bedeuten hätte. Der Kampfruf „Asien den Asiaten" könnte seine Wirkung in verheerendster Weise auch im englischen Herrschaftsgebiet geltend machen. Insbesondere wenn er auch von derjenigen europäisch-asiatischen Macht aufgenommen würde, die schon heute in Indien und Persien Englands erbittertster Feind ist: Von Rußland. Selbstbestimmungsrecht und Befreiung der Völker von der Knechtschaft Englands und Herrschaft des angelsächsischen Kapitalismus und Weltausbeutertums, Panislamismus, Panbuddhismus oder was für Kampfworte dann noch geprägt werden mögen, verfehlen schon heute bei den Völkern, auf denen Englands asiatisches Reich sich stützt, ihre Wirkung nicht. Wie viel mehr müßte das der Fall sein, wenn sie von Ostasiens stärkster und bestorganisierter Macht im Verein mit Rußland aufgenommen würden und so eine einheitliche Kampffront aller unterdrückten und ausgebeuteten Völker gegen die angelsächsische Weltherrschaft entstünde. Ob dieser Kampf sich über Jahrzehnte latent erhalten oder einmal akut zum Ausdruck kommen würde, immer wäre es England, dessen Weltgeltung und Weltstellung in erster Linie auf dem ostasiatischen Besitz beruht, das den Hauptschaden trüge, während Amerika durch diese Vorgänge nie anders als mittelbar, nie in seinen Grundfesten, getroffen würde.

Und wenn England das japanische Bündnis erneuert? Die letzte Völkerbundsversammlung in Genf hat äußerst aufschlußreichen Einblick in die allmählich sich herausbildende Weltkonstellation gegeben. Kanada stand in allen wesentlichen

Punkten nicht auf Seite des Völkerbundes, wie er in Versailles als erweiterte Organisation der englisch-japanischen Weltpartei einschließlich der durch die außerkontinentale Unterstützung zu künstlicher Herrschaft über Europa erhobenen Festlandsmacht Frankreich und deren Anhängsel geschaffen worden war. Es wollte von einer Wirtschafts- und Finanzgemeinschaft mit dem Versailler Völkerbund, bezw. der englisch-japanisch-französischen Weltpartei und von Gebietsgarantien zu deren Gunsten nach Art. 10 nichts wissen. Kanada als das wichtigste aller englischen Dominions steht politisch, wie es durch seine geographische und wirtschaftliche Lage notwendig bedingt ist, auf dem Standpunkt der Vereinigten Staaten. Kanada wird gegen eine Erneuerung des japanischen Bündnisses die allerschwersten Bedenken erheben. Denn es weiß, daß diese unvermeidlich zum Gegensatz Amerika-England und damit zu einem Wettrüsten zwischen den beiden Weltmächten führt, dessen Umfang sich ungefähr an den gewaltigen Anfängen, die heute schon gemacht sind, ermessen läßt. England als Japans Bundesgenosse, der diesem seine moralische und militärische Unterstützung bei der Bekämpfung der amerikanischen Festsetzung in Ostasien leiht, würde durch dieses Verhältnis zu Japan mehr und mehr auch der Gegner Amerikas.

England verdankt seine einzigartige Weltstellung in den letzten zwei Jahrhunderten nicht zuletzt seiner „splendid isolation", d. h. dem Umstand, daß es sich nie in dauernde Verbindung mit andern Mächten einließ, sondern sich immer die Türe nach mehreren Seiten hin offen hielt und nur im entscheidenden Augenblick, wie z. B. in diesem Kriege zur Niederwerfung des gerade gefährlichsten Nebenbuhlers ein vorübergehendes Bündnis einging. Vielleicht gelingt ihm das geniale Spiel, das seine überlegene Diplomatenkunst in den ersten 1½ Jahrzehnten dieses Jahrhunderts gespielt hat, noch einmal: Sich nach keiner Seite hin ganz festzulegen, den einen zum Kriege mit dem Rivalen zu verleiten, indem es ihn im Glauben erhält, daß es bei einem künftigen Konflikt sich nicht beteiligen werde, den andern dadurch zum Austrag des Konflikts zu ermuntern, daß es ihm heimlich seine Unterstützung zusagt, und dann im gegebenen Augenblick, wenn die beiden Gegner sich unrettbar in einander verbissen haben und einander an die Kehle fahren, doch mitzutun und dafür zu sorgen, daß beide sich gegenseitig gründlich zerreiben und nicht etwa der eine völlig über den andern siege, und schließlich als der lachende Dritte übrig zu bleiben. Englands Spiel mit Deutschland auf der einen, mit Frankreich und Rußland auf der andern Seite, wird sich vielleicht mit neuen Spielern wiederholen.

Harding hat unterdessen auf den Herbst zu einer sog. Abrüstungskonferenz nach Washington eingeladen, auf der die Frage der amerikanisch-japanischen Rivalität, der Schlüssel zu Weltfrieden oder Weltkrieg, behandelt werden soll. Ob nicht England als eigentlicher Urheber dahinter steht, ist fraglich. Fraglich ist ferner, ob sie von den in Betracht kommenden Ländern beschickt werden wird. Japan befindet sich in der Lage Deutschlands bei den Haager Friedenskonferenzen. Wenn in Washington eine Abgrenzung der Interessensphären zu Stande kommt, dann nur auf Kosten Japans. Wenn Japan freiwillig darauf Verzicht leistet, auf was Deutschland damals nicht Verzicht leistete, auf den Anspruch nach Weltmacht und Weltgeltung, dann wird es in Washington zum Ausgleich und damit auch zur Beschränkung der Rüstungen kommen. Leistet Japan diesen Verzicht nicht — und es ist damit zu rechnen —, dann wird die Konferenz ergebnislos sein. Vielleicht

schickt Japan seinen Vertreter nicht einmal hin und lädt damit, wie Deutschland s. Zt., das Odium des Weltfriedenstörers auf sich, während Amerika wieder einmal mehr — was der amerikanischen Regierung in Anbetracht der pazifistischen Strömungen im eigenen Lande sehr erwünscht sein muß — vor der Welt und dem eigenen Gewissen das Gesicht des Friedensfreundes bewahrt hat.

Nachdem Genf als die pazifistisch aufgezogene Fortsetzung der Friedensverhandlungen von Paris, die für die Herstellung eines auch nur einige Jahre oder Jahrzehnte dauerhaften Friedens gänzlich unfruchtbar blieben, ebenfalls völlig versagt hat, soll jetzt im Herbst in Washington der immer noch nicht hergestellte Weltfrieden geschlossen werden. Sind auch die Aussichten gering, so ist doch der Ansatzpunkt, der in Genf von vorneherein verkehrt und damit Genf von vornherein aussichtslos war, der richtige: Der Weltmächtegegensatz Amerika-Japan. Gelingt hier der Ausgleich, dann finden die Weltmächte wieder Kraft und Muße, auf dem europäischen Festland, das heute durch einen unsinnigen Friedensvertrag dem kulturellen und wirtschaftlichen Niedergang zugetrieben wird, zum Rechten zu sehen und Europa auf friedlichem Wege den ersehnten Frieden zu bringen. Gelingt er nicht und kommt es früher oder später zu erneutem Weltkampf, dann wird bei der Gelegenheit auch Europa durch Gewalt und Krieg aus seinem unhaltbaren Zustand befreit und neu geordnet werden. Hans Oehler.

Rheinisches Stimmungsbild.

Alle Welt schreit nach Wiederaufbau des bis in seine tiefsten Grundfesten erschütterten Europa, und vor allem alle Völker haben das stärkste Interesse an der inneren Wiederherstellung Deutschlands. Es ist zu offenkundig, daß ohne normales, ordnungsgemäßes Funktionieren dieses Teils des festländischen Organismus eine Regeneration in dem kranken Europa nicht stattfinden, die über der ganzen Welt liegende Krisis nicht behoben werden kann. Aber merkwürdig, so aufrichtig das Bedürfnis der ganzen Welt nach aufbauender Tätigkeit ist, die zerstörenden Mächte behaupten dennoch das Feld; so allgemein der Wille ist nach Frieden, wirklichem Frieden: Krieg, Kriegsmentalität, Kriegsmethoden beherrschen die Lage und das gilt vor allem dem Lande gegenüber, dessen Wiederherstellung die Grundvoraussetzung für die Rückkehr zu normalen, gesunden Verhältnissen in der Welt ist. Deutschland, das doch endlich zum besten aller andern Nationen zur Ruhe kommen müßte, untersteht fortdauernd dem schwersten Druck, der letztlich immer wieder die beginnende Besserung hintan hält. Es ist dabei leider nicht so, daß man da vor einem Verhängnis, vor einem dunklen Schicksal steht, dem gegenüber alle Mittel, alle Lösungsversuche versagen, nein, es ist eine Situation, bei der alle Welt weiß, was geschehen müßte, wie geholfen werden könnte; aber da ist eine dämonische Macht, die das Gute nicht will und überall das Böse schafft: Frankreich. Ueberall stößt man auf diesen französischen Machtegoismus als letzte Ursache der sich hinschleppenden Weltkrise. Auf Oberschlesien hetzt man die Polen, läßt sie das dortige gewaltige Industriezentrum in heilloseste Unordnung bringen und macht durch die zugelassene, ja heraufgeführte Zerstörung dieser für die Welt so wichtigen Produktionsstätte die Welt ärmer an Werten und Gütern. Nicht als ob die Franzosen noch wie vor 120 Jahren rein militärische, politische Unterjochungsabsichten damit verfolgten und den Polen in Oberschlesien nur eine Waffenschmiede liefern wollten, damit diese im Osten als Wächter Frankreichs die Deutschen in der Zange hielten Das mag bei den Franzosen und besonders seinen Militärs alles ja auch mitspielen. Aber man darf nicht vergessen: das moderne Frankreich denkt in viel höherem Maße wirtschaftlich, rein real. Es ist nicht mehr wie ehedem eitle, ruhmsüchtige, imperialistische Expansion, sondern „kraß materialistisch unterbaute Gewaltspolitik", die sich Frankreich heute leistet. Es ist sich darüber klar, daß für eine an Menschenzahl so kleine Nation die errungene Hegemoniestellung

ganz davon abhängt, daß sie ihre Volkskraft, ihre Intelligenz, ihr Genie in der Hauptsache den durch die Machtstellung notwendig werdenden machtpolitischen und verwaltungspolitischen Aufgaben zuwenden kann; für die Wirtschaft, die Produktion, ohne die die Aufrechterhaltung einer Machtposition, wie die jetzige französische, nicht möglich ist, müssen andere in Dienst gestellt werden. Damit das Herrenvolk sich den höheren Aufgaben, die das Herrschen mit sich bringt, ungehindert widmen kann, müssen auf dem Gebiete der Wirtschaft Fronvölker in Funktion treten. Und wer könnte das besser, als diese organisationsbegabten, wirtschaftstüchtigen, arbeitswütigen Deutschen mit ihren einzigartigen Wirtschaftsapparaten, die sie immer wieder unter allen Hemmungen und Schwierigkeiten in Gang erhalten. Im Osten sollen sie es im oberschlesischen Industriegebiet im Rahmen des polnischen Frankreich tun, damit der Vasallenstaat Polen seine ungeheuren Verpflichtungen und Schulden Frankreich gegenüber bezahlen kann.

Während der Deutsche im Osten mittelbar als polnischer Untertan französische Frondienste leistet, tut er es im Westen in unmittelbarer Abhängigkeit zu Frankreich. Das linksrheinische Wirtschaftsgebiet als Teil der französischen Wirtschaft und Aufnahmemarkt für französische Produktion ist und bleibt das Ziel aller französischen Festlandspolitik. Der deutsche Arbeiter, der deutsche Ingenieur, der deutsche Unternehmer, die Kohlengruben und Erzminen, die Fabriken und Werkstätten im Saarland und im Rheinlande, die ganze daselbst vorhandene unverwüstliche deutsche Arbeits- und Konsumationskraft sollen dazu dienen, daß Frankreich das alte Rentnerideal weiterpflegen und seinen jungen Nachwuchs, die geistige Elite der Nation den der Leitung und Verwaltung dienenden Berufen und der Armee zuführen kann. In Frankreich rechnet man in Zukunft mehr und mehr mit dem Abströmen der Arbeitstüchtigen in die unproduktiven Berufe, wo es mühelos zu leben und zu herrschen gibt. In dem Maße müssen in Deutschland die Massen mobil gemacht werden, die ihre Produktionskräfte in seinen Dienst stellen.

Aus diesen Gründen kann es Frankreich nicht darum zu tun sein, den Wirtschaftsorganismus im Rheinlande oder in Oberschlesien zu zerschlagen; es hat im Gegenteil nur ein Interesse an einem blühenden, normal funktionierenden Körper. Aber vorübergehende Krankheit und vorübergehendes Siechtum können wohl die Wirkung haben, daß die Betroffenen immer mürber und gefügiger werden und schließlich dahin kommen, wo man sie haben will: in den apathischen Zustand, in dem man auch die verschleierte oder unverschleierte französische Herrschaft dem langsamen aber todsicheren Hinsterben vorzieht. Das ist der tiefere Sinn der französischen Sanktionspolitik im besetzten Gebiet, und mit dem großartigen Handels- und Gewerbsleben des Rheinlandes steht es schon jetzt so, daß es dem Zusammenbruch nahe ist. Der Verband der Kölner Großfirmen hat darüber eine Denkschrift veröffentlicht, die ein Bild gibt von den furchtbaren Schädigungen des deutschen rheinländischen Wirtschaftslebens seit Errichtung der Zollinie gegen das unbesetzte Deutschland und der Tätigkeit der Aus- und Einfuhrstelle in Ems. Die Belastung von Rohstoffen und Erzeugnissen durch Zölle und Emser Gebühren, die Vermehrung der unproduktiven Arbeit infolge Verzollung und Genehmigungsverfahren, die Störung des Güterverkehrs, ja teilweise völlige Stockung desselben, die Erhöhung der Unkosten, die Entwicklung des Schiebertums und Schmugglerwesens ergeben 20 verschiedene Schadenquellen, die mehr oder minder großen Rückgang des Umsatzes, Verminderung der Arbeiter und Angestellten, Stilllegung von Betrieben, Rückgang der allgemeinen Lebenshaltung, ja Entwicklung wirklicher sozialer Not zur Folge haben.

Im einzelnen wird unter anderem nachgewiesen, daß der durch Spediteure vermittelte Güterverkehr um 60 % zurückgegangen ist. Eine Faßgroßhandlung mußte vollständig zum Stillstand kommen, weil ihr durch Verzögerung der Ein- und Ausfuhrbewilligung Aufträge von über 10,000 Fässern im Werte von 700,000 Mk. entgingen. Die Jutegewebe- und Säcke-Industrie hat 75 % ihres bisherigen Umsatzes verloren, bisher sind 25 % der Arbeiter und Angestellten entlassen. In der Kistenindustrie wurden 40 % der Aufträge aus dem unbesetzten Gebiet für nichtig erklärt, bedeutende Elektrizitätswerke haben ihre Stromerzeugung um 50 % herabgesetzt. Am schwersten sind die Hauptindustrien des besetzten Gebietes, Eisen-, Stahl- und Holzindustrien betroffen. Der Industrieverband für den Stollberg-Eschweiler Indu-

striebezirk teilt mit, daß Auftragsbestände fast gar nicht mehr vorhanden sind, in der Textil- und Glasindustrie wurde die Arbeit gestreckt, bis 1. Juni mußten trotzdem mehrere Hundert Arbeiter entlassen werden. In einem Betrieb der chemischen Industrie fallen zur Zeit wöchentlich 3912 Arbeitsstunden aus, in einem Walzwerk wird abwechselnd eine Woche gearbeitet und gefeiert, die Fensterglas-Industrie ruht vollständig, die Arbeiterschaft wird mit Notstandsarbeit beschäftigt usw. Ein Bericht der Düsseldorfer Regierung meldet bis Ende Mai 72 Stillegungen im Regierungsbezirk, vom 1. bis 24. Juni wurden weitere 27 Betriebe stillgelegt, beziehungsweise eingeschränkt, von 550,000 Arbeitern in demselben Bezirk sind etwa 200,000 mit verkürzter Arbeitszeit beschäftigt. In der Papierindustrie ist der Auftragsbestand um 50 % zurückgegangen. Bei einer Maschinenfabrik beträgt der Auftragsrückgang 66 %, bei einer Werkzeugfabrik 60 % usw. Kein Wunder, daß daraus gefolgert wird: Bei Andauern der Sanktionen muß die Industrie vollständig zu Grunde gehen.

Das Unheil, das durch die Sperrung des freien Wirtschaftsverkehrs zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet schon groß genug ist, wird nun noch über alle Maßen dadurch vermehrt, daß seit Bestehen der Sanktionen ungeheure Mengen von Luxusartikeln, besonders auch von Wein in das besetzte Gebiet eingeführt werden. Die Verhältnisse werden für die Winzer im Moseltal, im Rheingau, in der Pfalz als katastrophal bezeichnet, also gerade wie im Elsaß, wo der billige französische Wein aus dem Midi den einheimischen Winzern den Verkauf ihres Erzeugnisses fast völlig unmöglich macht. Es strömen durch das „Loch im Westen" solche Massen von Waren in das besetzte Gebiet, daß das „Echo du Rhin" sich schon veranlaßt sieht, die französischen Importeure zur Vorsicht zu mahnen; die Absatzmöglichkeit in das unbesetzte Gebiet sei zur Zeit beschränkt, aber die Lage bessere sich schon wieder! Also das ist die einzige Sorge, die die Franzosen bewegt: Die Sanktionen, die Gewaltmaßnahmen der Zollinie am Rhein recht ausgiebig zu benützen, um vom besetzten Gebiet möglichst große Massen von Luxusware in das unbesetzte Gebiet zu schieben. Daß diese Sanktionspolitik, wenn sie noch länger andauert, schließlich den Ruin des Rheinlandes zur Folge hat, daß die Volksmassen durch die ungeheure Arbeitslosigkeit der Verelendung überliefert werden, das kümmert Frankreich nur wenig. Oder doch! Das ganze Elend hat u. a. ja auch den Zweck, die zermürbte, verzweifelte Bevölkerung in die rein animalische Stimmung zu versetzen, in der sie nur noch nach Brot und Leben verlangt, einerlei woher es kommt, ob vom Reich oder von Frankreich.

Aber einstweilen ist Frankreich noch recht weit von seinem Ziel entfernt. Was es bisher im Rheinlande mit seiner Politik der Zerstörung erreicht hat, ist Haß und Empörung gegen die Fremdherrschaft. Auf dem rheinischen Provinziallandtag mußte darum der Vertreter der Sozialdemokratie, so schwer es ihn ankommen mochte, bekennen: „Ich, der ich als Sozialdemokrat auf dem Boden des Völkerfriedens und des Völkerbundes stehe, habe noch nirgend gefunden, daß ein solcher Völkerhaß großgezogen worden ist, wie er im Rheinland jetzt großgezogen wird". Da ist zu begreifen, daß Schlagwörter wie rheinische Republik, rheinische Selbständigkeit, freier Rheinstaat, jetzt ganz ihren Kurs verloren haben. Je länger je mehr werden die Franzosen auch im Rheinland die Erzieher zum Deutschtum.

— i —

Deutscher Brief.

Es gibt gegenwärtig keine Frage, an der man überzeugender dartun könnte, welche Kräfte heute die Welt lenken, als die oberschlesische.

Oberschlesien ist längst keine deutsche oder deutsch-polnische Angelegenheit mehr, sondern ist zu einer Schicksalsfrage Europas und damit der Welt geworden. In ihrer Beantwortung muß offenbar werden, ob bei den Siegerstaaten ein Wille für einen organischen Wiederaufbau Europas vorhanden ist, ja ob sich überhaupt die Erkenntnis der großen Zusammenhänge bei deren Staatsmännern hat durchsetzen können, oder ob diese die Schuld auf sich nehmen wollen, die oberschlesische Frage als eine reine Sache der Macht und des politischen Schachers zu lösen.

Die Weltlage ist so verworren und verfahren, daß gegenüber dem allgemeinen Unglück halbe und veraltete Mittel und Mittelchen nichts fruchten können. Hilfe kann nur gefunden werden, wenn man endlich die Notwendigkeit großer staatenbaulicher Gesichtspunkte für den Wiederaufbau der Weltwirtschaft einsieht.

Und da lautet die Frage nicht mehr: wem bringt es machtpolitisch Nutzen, daß Oberschlesien ihm zugeschlagen werde, sondern in welchen organischen Zusammenhang im staatenbaulichen Sinne gehört Oberschlesien, welchen Kräften verdankt es seine bisherige wirtschaftliche Blüte, welches Volk ist der Träger seiner Kultur, und welcher Staat ist in der Lage, die von Oberschlesien für die Weltwirtschaft zu leistende Arbeit aus dem Lande herauszuholen?

Diese Fragen sind beantwortet. Es sei nur an das ausgezeichnete Buch von Sidney Osborne: „Die oberschlesische Frage und das deutsche Kohlenproblem", und an die Aufsätze des Schweizers Martin Mächler erinnert.

Polen hat in seiner ganzen bisherigen Geschichte bewiesen, daß aus seinem Volk nicht die Kräfte entwickelt werden können, die eine vernünftige wirtschaftliche Erschließung und Weiterentwicklung eines hochstehenden Industrielandes sicher stellen. Ein Staat, der, wie Polen, kaum in der Lage ist, einen noch so einfachen Verwaltungs- und Finanzkörper zu bilden, würde mit einer solchen Aufgabe über seine Kräfte belastet werden.

Hingegen hat Oberschlesien seinen blühenden Stand unter preußisch-deutscher Hoheit erhalten und ist ein untrennbares Glied des großen deutschen Wirtschaftskörpers geworden. Dieser deutsche Wirtschaftskörper aber kann seine Aufgabe gegenüber dem Weltwirtschaftskörper unmöglich lösen, wenn ihm eine seiner wichtigsten Schlagadern abgebunden wird.

So liegt die Sache, wenn man die oberschlesische Frage, ohne Beeinflussung durch machtpolitische oder nationalistische Gesichtspunkte betrachtet. Darum wird und muß sich in der Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens herausstellen, ob die Entente entsprechend ihren früheren Aeußerungen gewillt ist, im Sinne eines wirklichen wirtschaftlichen und staatenbaulichen Wiederaufbaus zu handeln. Sie muß jetzt Farbe bekennen. Versagt sie hier, so verwirkt sie das Recht, die Leitung der Geschicke aller Völker zu beeinflussen.

In Deutschland ist man längst müde geworden, an das Gewissen der Welt zu appellieren. Die hohen Begriffe des Rechts, der Selbstbestimmung der Völker, der Gerechtigkeit und Menschlichkeit sind seit Versailles so mit Füßen getreten und entwertet, daß eine Berufung auf sie ohne Sinn und Klang ist.

Gewissen ist ein auszeichnender Besitz einiger weniger Menschen. Wir wenden uns an ein anderes Organ, das noch Gemeingut vieler geblieben ist: an den gesunden Menschenverstand, den common sense.

Wir verzichten darauf, Gründe des Rechts, der Abstimmung und des kulturellen Zusammenhangs ins Gefecht zu führen, sondern halten uns an die Gesichtspunkte, die jedem mit Vernunft begabten Menschen zugänglich sind. Eine Aenderung des unhaltbaren Zustandes in allen Ländern liegt im Interesse der menschlichen Vernunft. So fordern wir, das Schicksal Oberschlesiens im Sinne des allgemeinen Wiederaufbaus nach objektiven Gesichtspunkten, denen des Staatenbaus und der Weltwirtschaft, zu prüfen.

Einen verständigen Bund der Völker gibt es nicht. Wir wenden uns an den Bund der Verständigen in allen Völkern.

Rudolf Pechel.

Wie man sich in Frankreich das Verhältnis des Völkerbundes zur Entente vorstellt.

Die angesehenste französische politische Monatsschrift ist die „Revue Politique et Parlementaire". In ihrer Nummer vom 10. Juli 1921 bringt sie einen Aufsatz von Herrn Joseph-Barthélemy, Professor an der Pariser Rechts-Fakultät, Kammer-Abgeordneter und Mitglied der Regierungskommission für die auswärtigen Angelegenheiten. Dieser Aufsatz „Der Uebergang zu dem Friedenszustand" enthält u. A. eine Betrachtung über die Tätigkeit des Völkerbundes, der natürlich höchlich gepriesen wird. In erster Linie wird da dessen segensreiche Tätigkeit im

Saargebiet hervorgehoben, dessen Verwaltung der Vertrag von Versailles dem Völkerbund „anvertraut" hat. Die dortige Regierungskommission verfügt nur über 30 Landjäger, während zur Aufrechterhaltung der Ordnung deren viertausend nötig wären, was für das Land eine unerschwingliche Last bedeuten würde. Unter diesen Umständen hat die Kommission „die einzig vernünftige Lösung gefunden; sie hat sich französische Truppen erbeten".

Für Danzig hat der Völkerbund einen „analogen Auftrag" (Mandat) erhalten.

Weiter: Das arme Oesterreich liegt am Boden und muß gerettet werden, besonders weil es sonst die Vereinigung mit Deutschland verlangen würde und zwar so kräftig, daß jeder Widerstand dagegen vergebliche Mühe wäre. Dieser „Stummel" in seiner Fäulnis ist auch sonst eine Gefahr für Europa. Also bedeutet die Rettung Oesterreichs eine Notwendigkeit für Europa. Es gilt u. a. „einen glimmenden Herd des Deutschtums auszulöschen." Und damit ist nun im vergangenen Monat März „vom Obersten Rat (der Entente) der Völkerbund beauftragt worden".

In dieser und anderen Friedensmissionen (des Völkerbundes) „muß Frankreich die vornehmste Rolle spielen, wofür der bloße Name des französischen Vertreters im Völkerbunds-Rat uns die größte Gewähr bietet; wir sprechen von Herrn Gabriel Hanotaux."

„Trotz der Imperialismen" (der Verfasser meint natürlich nicht etwa Frankreich), „trotz der Widerstände, trotz der übeln Stimmung, trotz der Zweifelsucht wird der Völkerbund zur Notwendigkeit für die Welt und wird ihr den Frieden bringen".

Soweit Herr Joseph-Barthélemy.

Der Oberste Rat der Alliierten hat den Völkerbund „beauftragt".

F.

Hilfe für die russischen Gelehrten.

Vorbemerkung der Schriftleitung: Wir geben im folgenden gerne einem Aufruf zugunsten der dem Verhungern nahen russischen Gelehrtenwelt unseres Mitarbeiters Jacques Handschin Raum, der selbst bis vor einiger Zeit Schutzbefohlener des „Hauses der Gelehrten in Petersburg" war, denn wir sind der Meinung, daß eine solche Hilfegewährung — die in Anbetracht des niedrigen finnischen Markkurses auch bei kleinen Beträgen in Schweizerfranken eine wesentliche Unterstützung bedeutet — Pflicht aller derer ist, denen an der Bewahrung europäischen Geisteslebens und Kulturgutes gelegen ist und daß solche Hilfe sicherlich auch zur allmählichen Wiederaufnahme jener geistigen, politischen und wirtschaftlichen Verbindungen beitragen wird, die zwischen Rußland und dem übrigen Europa bestehen müssen, wenn nicht dieses Europa selbst zu Grunde gehen soll.

Man las verschiedentlich von Hilferufen, die durch eine russische Berühmtheit an eine westeuropäische Berühmtheit gerichtet wurden: Helft, organisiert Sammlungen, schickt Lebensmittel für die geistige Oberschicht des russischen Volkes, damit sie erhalten bleibe und in das neue Rußland die Kulturgüter des alten, die allgemein-europäischen Kulturgüter hinüberrette. Gewiß regte sich dabei bei manchem Leser der Wunsch zu helfen. Er mochte daran denken, wie eng russische und westeuropäische Kultur miteinander verwachsen sind, sich dessen erinnern, wie im Laufe des vergangenen Jahrhunderts fortwährend ein Strom vom Anregungen von Westen nach Osten ging und umgekehrt von dort herrliche Geistesfrüchte zurückkamen; und leise regte sich vielleicht auch ein Gefühl der Verantwortlichkeit: ist es nicht Pflicht eines Europäers mitzuwirken, damit die östliche Hälfte Europas, dieses auch kulturell so fruchtbare Land, in Zukunft nicht eine Wüste sei? Doch bestand bis jetzt keine Möglichkeit, solche Gefühle in die Tat umzusetzen.

Nunmehr ist dies anders geworden. An der finnländischen Akademie der Wissenschaften in Helsingfors hat sich eine Organisation gebildet, deren Zweck es ist, den russischen Gelehrten zu Hilfe zu kommen, — die „Finnländische akademische Kommission zur Unterstützung russischer Gelehrter" unter dem Vorsitz des Professors Ruina; und dieser Organisation ist es bereits gelungen, die Hilfeleistung in die

Wege zu leiten: sie erwirkte von den beiderseitigen Regierungen die Erlaubnis, die von ihr organisierten Transporte durch eigene Delegierte an Ort und Stelle verbringen und dort die Verteilung überwachen zu lassen. Die erste Spende von Nahrungsmitteln kam von der finnländischen Regierung, und sie wurde durch zwei Mitglieder der Kommission, Professor Igelström und Dr. Mansikka, Ende Mai dieses Jahres nach Petersburg verbracht. Was die Delegation nach ihrer Rückkehr zu erzählen wußte, ist ergreifend (ein Bericht darüber findet sich in der Pariser russischen Zeitung Dernières Nouvelles). Auf der einen Seite malt sie ein Bild der bittersten Not, — es wird erzählt, wie ein Akademiker von europäischem Ruf ohne Unterwäsche, wie ein Bettler gekleidet, mit einem Sack kam, seine Ration abzuholen. Auf der anderen Seite zeugt der Bericht vom unbezähmbaren Mut und von der Hingabe dieser Gelehrten, welche ihre äußersten Kräfte daran setzen, das Erbe, dessen Hüter sie sind, zu erhalten. Die finnländischen Gelehrten konnten sich überzeugen, daß in der Kunstsammlung der Eremitage und in den Bibliotheken (der Oeffentlichen und derjenigen der Akademie der Wissenschaften) volle Ordnung herrscht, wenn auch z. B. in der Eremitage die Kunstgelehrten selbst das Schneeschaufeln, Wasserpumpen und Holzspalten besorgen müssen, um die Räume vor dem Verfall zu bewahren; und bei allem Elend werden doch wissenschaftliche Werke gedruckt (die finnländische Kommission erwirkte denn auch die Erlaubnis, solche Publikationen von Rußland aus- und in Finnland einzuführen).

Leider erwies sich die erste Lebensmittelsendung als zu gering für den Bedarf. Nur die Hälfte derjenigen, welche in den Listen des „Hauses der Gelehrten" in Petersburg geführt werden, konnte ein Paket erhalten (die Zahl der Schutzbefohlenen des „Hauses der Gelehrten", welche vor einem Jahr 2000 betrug, ist gegenwärtig laut brieflicher Mitteilung von Professor Igelström auf 6000 angewachsen). Die finnländischen Gelehrten erwarten nunmehr, daß man ihnen von allen Seiten in ihrem Beginnen zu Hilfe komme, denn das kleine Finnland allein könnte die Last nicht tragen. Sie richten ihren Ruf in erster Linie an diejenigen, welche in gesicherter Lage einen geistigen Beruf ausüben, da sie von diesen das Gefühl professioneller Solidarität mit den russischen Kollegen erwarten; aber sie richten ihn auch im weiteren Sinne an alle, welche zu würdigen wissen, was eine in Kunst, Wissenschaft und Literatur produktive russische Kultur für Europa bisher bedeutete und in Zukunft bedeuten muß. Sie haben die Absicht, auch weitere Transporte durch eigene Delegierte an Ort und Stelle geleiten zu lassen, — vorerst nur nach Petersburg, wo die Not ja größer ist als in Moskau; und sie beabsichtigen, wenn sie etwas mehr Mittel erhalten sollten, auch die zeitweilige Unterbringung russischer Gelehrter in ausländischen Sanatorien zu ermöglichen, was in einzelnen Fällen eine dringliche Frage bedeutet; sollten schließlich die dringendsten leiblichen Bedürfnisse befriedigt sein, so wird sich das Problem der Versorgung der russischen Gelehrten mit Büchern, d. h. mit den wissenschaftlichen Neuerscheinungen der letzten Jahre, erheben. In erster Linie erbittet die Kommission Geldsendungen, welche in beliebiger Höhe an folgende Adresse zu richten sind: Prof. J. Mikkola, Helsingfors, 5 Mejlans (wie der Schreiber dieser Zeilen erfährt, sind Postanweisungen nach Finnland nicht in Finnlandmark, sondern in schwedischen Kronen auszufüllen; die schweizerische Post übernimmt solche Anweisungen gegen Einzahlung von Fr. 1.32 pro Krone; andrerseits kann man auch Bankchecks nach Helsingfors schicken, und zwar diese gegenwärtig zum Satz von ca. Fr. 12.— pro 100 Finnlandmark). An dieselbe Adresse können auch Sendungen von dauerhaften Lebensmitteln wie Schokolade, Kondensmilch gerichtet werden (die schweizerische Post berechnet für ein eingeschriebenes Paket bis zu 5 Kg. Fr. 3.80); doch sind Geldsendungen deswegen erwünschter, weil in Helsingfors alles zu haben ist und weil die dortigen Gelehrten am ehesten in der Lage sind, zu beurteilen, was ihren Petersburger Kollegen in jedem Moment am dringendsten Not tut. Es ist sogar die Möglichkeit gegeben, Spenden an ganz bestimmte Petersburger Gelehrte gelangen zu lassen (hierfür ist das Verfahren ein anderes: man beliebe solche Gaben nur in natura an Prof. A. Igelström, Bibliothekar an der Universität, Helsingfors, zu adressieren, indem man unten auf russisch aufschreibt „Petersburg — Haus der Gelehrten — für NN").

Jacques Handschin.